

1983

Ausgegeben zu Bonn am 23. Juli 1983

Nr. 18

Tag	Inhalt	Seite
11. 7. 83	Verordnung zur Änderung des Deutschen Teil-Zolltarifs (Nr. 3/83 – Zollkontingent für Walzdraht – 1. Halbjahr 1983) 613-2-1	466
11. 7. 83	Verordnung zur Änderung des Deutschen Teil-Zolltarifs (Nr. 4/83 – Zollpräferenzen 1983 gegenüber Entwicklungsländern – EGKS) 613-2-1	468
24. 6. 83	Bekanntmachung der Änderung des Artikels V der Satzung der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur	475
30. 6. 83	Bekanntmachung zu den deutsch-sowjetischen Abkommen über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit und über die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit	476
1. 7. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Verbreitung der durch Satelliten übertragenen programmtragenden Signale	476
1. 7. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zum Schutz der Hersteller von Tonträgern gegen die unerlaubte Vervielfältigung ihrer Tonträger	477
5. 7. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen	477
5. 7. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen	478
8. 7. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Legalisation	478
8. 7. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über das auf die Form letztwilliger Verfügungen anzuwendende Recht	479
11. 7. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst	479
11. 7. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über die Beschränkung der Haftung der Eigentümer von Seeschiffen	479
11. 7. 83	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten	480

**Verordnung
zur Änderung des Deutschen Teil-Zolltarifs
(Nr. 3/83 – Zollkontingent für Walzdraht – 1. Halbjahr 1983)**

Vom 11. Juli 1983

Auf Grund des § 77 Abs. 1 Nr. 1 des Zollgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Mai 1970 (BGBl. I S. 529), der durch das Gesetz vom 3. August 1973 (BGBl. I S. 940) geändert worden ist, verordnet die Bundesregierung, nachdem dem Bundesrat Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden ist, mit Zustimmung des Bundestages:

§ 1

Im Deutschen Teil-Zolltarif (BGBl. 1968 II S. 1044) in der zur Zeit geltenden Fassung erhalten im Anhang Zollkontingente/2 die Tarifstellen aus 73.15 A V b) 1 und aus 73.15 B V b) 1 mit Wirkung vom 1. Januar 1983 die aus der Anlage ersichtliche Fassung.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 89 des Zollgesetzes auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 11. Juli 1983

**Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl**

**Der Bundesminister der Finanzen
Stoltenberg**

Anlage
(zu § 1)

Tarifstelle 1	Warenbezeichnung 2	Zollsatz	
		autonom 3	vertragsmäßig 4
aus 73.15 A V b) 1 aus 73.15 B V b) 1	<p>Spezialwalzdraht, nur warm gewalzt, mit einem Durchmesser von 5,50 bis 13 mm:</p> <p>a) aus Qualitätskohlenstoffstahl, mit einem Gehalt an Kohlenstoff von 0,60 bis 0,70 Gewichtshundertteilen, an Silicium von höchstens 0,25 Gewichtshundertteilen, an Mangan von 0,50 bis 0,90 Gewichtshundertteilen, an Schwefel von höchstens 0,02 Gewichtshundertteilen, an Phosphor von höchstens 0,03 Gewichtshundertteilen und an Kupfer von höchstens 0,06 Gewichtshundertteilen,</p> <p>b) aus legiertem Stahl, mit einem Gehalt an Kohlenstoff von 0,60 bis 0,70 Gewichtshundertteilen, an Silicium von 0,15 bis 0,30 Gewichtshundertteilen, an Mangan von 0,60 bis 0,90 Gewichtshundertteilen, an Schwefel und Phosphor von je höchstens 0,025 Gewichtshundertteilen, an Chrom von 0,50 bis 0,80 Gewichtshundertteilen und an Vanadin von 0,10 bis 0,25 Gewichtshundertteilen,</p> <p>c) aus legiertem Stahl, mit einem Gehalt an Kohlenstoff von 0,50 bis 0,60 Gewichtshundertteilen, an Silicium von 1,20 bis 1,70 Gewichtshundertteilen, an Mangan von 0,40 bis 0,80 Gewichtshundertteilen, an Schwefel und Phosphor von je höchstens 0,025 Gewichtshundertteilen und an Chrom von 0,50 bis 0,80 Gewichtshundertteilen,</p> <p>675 t vom 1. Januar 1983 bis 30. Juni 1983, zum Herstellen von Ventilfederdraht im Zollgebiet bestimmte (EGKS)</p> <p>Anmerkungen: Die genannten Erzeugnisse müssen im übrigen den nachstehenden physikalischen Spezifikationen entsprechen:</p> <p>1. Entkohlung: Tiefe der Entkohlung im fehlerfreien Werkstoff: – für Walz-Edeldraht aus Qualitätskohlenstoffstahl bzw. mit Chrom-Vanadiumlegierung: höchstens 0,05 mm – für Walzdraht mit Chrom-Siliziumgehalt: höchstens 0,07 mm.</p> <p>2. Oberflächenbeschaffenheit: Tiefe der Fehler (Kratzer, Risse oder Überwalzungen), senkrecht zur Oberfläche gemessen: höchstens 0,05 mm.</p> <p>3. Nichtmetallische Einschlüsse: Prüfung gemäß Norm AFNOR (Referenz A 04/106) vom Juli 1972 und Stahl-Eisen-Blatt 1570/71. Maximaler Richtwert Abbildung 1 von der Oberfläche bis zu einer Tiefe entsprechend zwei Dritteln des Radius. Maximaler Richtwert Abbildung 2 unterhalb einer Tiefe von zwei Dritteln des Radius bis zum Zentrum. Die angegebenen Werte gelten für alle Arten von Einschlüssen.</p>	frei	—

**Verordnung
zur Änderung des Deutschen Teil-Zolltarifs
(Nr. 4/83 – Zollpräferenzen 1983 gegenüber Entwicklungsländern – EGKS)**

Vom 11. Juli 1983

Auf Grund des § 77 Abs. 1 Nr. 1 des Zollgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Mai 1970 (BGBl. I S. 529), der durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. August 1973 (BGBl. I S. 940) geändert worden ist, verordnet die Bundesregierung, nachdem dem Bundesrat Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden ist, mit Zustimmung des Bundestages:

§ 1

Im Deutschen Teil-Zolltarif (BGBl. 1968 II S. 1044) in der zur Zeit geltenden Fassung erhält der Anhang „Zollpräferenzen gegenüber Entwicklungsländern – EGKS“ mit Wirkung vom 1. Januar 1983 die aus der Anlage ersichtliche Fassung.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 89 des Zollgesetzes auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 11. Juli 1983

**Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl**

**Der Bundesminister der Finanzen
Stoltenberg**

Zollpräferenzen gegenüber Entwicklungsländern – EGKS

1. Vom 1. Januar 1983 bis 31. Dezember 1983 gilt für die dem Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) unterliegenden Waren tarifliche Zollfreiheit
 - a) für die Waren der Ifd. Nr. 1 bis 6 des Anhangs A mit Ursprung in den in Spalte 4 bezeichneten Ländern im Rahmen der in Spalte 4 aufgeführten Zollkontingente (deutscher Anteil an Gemeinschaftszollkontingenten),
 - b) für die Waren der Ifd. Nr. 1 bis 6 des Anhangs A mit Ursprung in den im Anhang B I und II genannten Ländern und Gebieten – ausgenommen die in Spalte 4 des Anhangs A bezeichneten Länder – im Rahmen der in Spalte 5 aufgeführten Gemeinschaftsplafonds (nicht auf die Mitgliedstaaten aufgeteilte gemeinschaftliche Länderhöchstbeträge),
 - c) für die Waren der Ifd. Nr. 7 bis 9 des Anhangs A mit Ursprung in den im Anhang B I und II genannten Ländern und Gebieten jeweils bis zur Höhe eines Gemeinschaftsplafonds, der dem größten Länderhöchstbetrag der für das Jahr 1980 eröffneten Zollpräferenzen entspricht.
2. Die tarifliche Zollfreiheit wird gewährt, wenn der Warenursprung entsprechend dem in der Verordnung (EWG) Nr. 3606/82 der Kommission vom 23. Dezember 1982 (ABl. EG Nr. L 377 S. 1) vorgesehenen Verfahren nachgewiesen und das vorgeschriebene Ursprungzeugnis spätestens am Tage vor der Wiedereinführung des regelmäßigen Zollsatzes vorgelegt wird.
3. Wird für eine Ware der Ifd. Nr. 1 bis 9 des Anhangs A ein Gemeinschaftsplafond durch Einführen aus einem einzelnen Land oder Gebiet erreicht, so tritt die Zollfreiheit gegenüber dem betreffenden Land oder Gebiet vor dem 31. Dezember 1983 außer Kraft, wenn die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl Einvernehmen darüber erzielen. Dies wird durch die Kommission im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften mitgeteilt mit der Wirkung, daß die regelmäßigen Zollsätze von dem in dieser Mitteilung genannten Tag an wieder angewendet werden.
4. Nummer 3 gilt nicht für die am wenigsten fortgeschrittenen Entwicklungsländer, die im Anhang C aufgeführt sind.
5. Die tarifliche Zollfreiheit für Waren der Ifd. Nr. 1 bis 9 des Anhangs A mit Ursprung in Jugoslawien wird von dem Zeitpunkt an nicht mehr angewendet, in dem das Abkommen vom 2. April 1980 zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl einerseits und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien andererseits (BGBl. 1982 II S. 1173) in Kraft tritt.

Anhang A

Liste der Waren, die Gegenstand von zollfreien Gemeinschaftszollkontingenten und Gemeinschaftsplafonds sind

Lfd. Nr.	Tarifnr.	Warenbezeichnung (EGKS)	Zollkontingent 1983 (deutscher Anteil an Gemeinschafts- zollkontingenten)	Gemeinschafts- plafond 1983 je Land oder Gebiet (in ECU ¹⁾)
1	2	3	4	5
1	73.07	Vorblöcke (Blooms), Knüppel, Brammen und Platten, aus Stahl; Stahl, nur vorgeschnitten oder gehämmert (Schmiedehalbzeug): A. Vorblöcke (Blooms) und Knüppel: I. gewalzt B. Brammen und Platten: I. gewalzt	914 265 ECU ²⁾ für Waren mit Ursprung in Brasilien	3 324 600 ECU ²⁾
2	73.08 ³⁾	Warmbreitband aus Stahl, in Rollen: A. mit einer Breite von weniger als 1,50 m, zum Wiederauswalzen bestimmt B. anderes	je 890 299 ECU ²⁾ für Waren mit Ursprung in Brasilien, Jugoslawien, Republik Korea und Venezuela	3 237 451 ECU ²⁾
3	73.10 ³⁾	Stabstahl, warm gewalzt, warm stranggepreßt oder geschmiedet (einschließlich Walzdraht); Stabstahl, kalt hergestellt oder kalt fertiggestellt; Hohlbohrerstäbe aus Stahl für den Bergbau: A. nur warm gewalzt oder nur warm strang- gepreßt: I. Walzdraht II. Stabstahl, massiv III. Hohlbohrerstäbe D. plattiert oder mit Oberflächenbearbeitung (z. B. poliert, überzogen): I. nur plattiert: a) warm gewalzt oder warm strang- gepreßt	je 551 785 ECU ²⁾ für Waren mit Ursprung in Argentinien, Brasilien, Republik Korea und Venezuela	2 006 493 ECU ²⁾
4	73.11	Profile aus Stahl, warm gewalzt, warm strang- gepreßt, geschmiedet, kalt hergestellt oder kalt fertiggestellt; Spundwandstahl, auch gelocht oder aus zusammengesetzten Elementen herge- stellt: A. Profile: I. nur warm gewalzt oder nur warm stranggepreßt IV. plattiert oder mit Oberflächenbearbei- tung (z. B. poliert, überzogen): a) nur plattiert: 1. warm gewalzt oder warm strang- gepreßt B. Spundwandstahl	174 993 ECU ²⁾ für Waren mit Ursprung in Jugoslawien	1 908 900 ECU ²⁾

Lfd. Nr.	Tarifnr.	Warenbezeichnung (EGKS)	Zollkontingent 1983 (deutscher Anteil an Gemeinschafts- zollkontingenten)	Gemeinschafts- plafond 1983 je Land oder Gebiet (in ECU) ¹⁾
1	2	3	4	5
5	73.13 ³⁾	Bleche aus Stahl, warm oder kalt gewalzt:	je 1 512 500 ECU ²⁾ für Waren mit Ursprung in Argentinien, Brasilien, Republik Korea und Jugoslawien	6 276 000 ECU ²⁾
		A. Elektrobleche:		
		I. mit einem Ummagnetisierungsverlust von 0,75 Watt oder weniger je kg, unab- hängig von ihrer Dicke		
		II. andere		
		B. andere Bleche:		
		I. nur warm gewalzt, mit einer Dicke:		
		a) von 2 mm oder mehr		
		b) von weniger als 2 mm		
		II. nur kalt gewalzt, mit einer Dicke:		
		b) von mehr als 1 mm, jedoch weniger als 3 mm		
		c) von 1 mm oder weniger		
		III. nur glänzend gemacht, poliert oder hochglanzpoliert		
		IV. plattiert, überzogen oder mit anderer Oberflächenbearbeitung:		
		b) verzинnt		
		c) verzinkt oder verbleit		
		d) andere (z. B. verkupfert, künstlich oxidiert, lackiert, vernickelt, verniert, plattiert, parkerisiert, bedruckt)		
		V. anders bearbeitet:		
		a) nur anders als quadratisch oder rechteckig zugeschnitten:		
		2. andere		
6	73.15	Legierter Stahl und Qualitätskohlenstoffstahl, in den in den Tarifnummern 73.06 bis 73.14 aufge- führten Formen:	je 1 530 129 ECU ²⁾ für Waren mit Ursprung in Brasilien, Republik Korea und Jugoslawien	5 891 400 ECU ²⁾
		A. Qualitätskohlenstoffstahl:		
		I. Rohblöcke (Ingots), Vorblöcke (Blooms), Knüppel, Brammen, Platinen:		
		b) andere:		
		2. Vorblöcke (Blooms), Knüppel, Brammen, Platinen		
		III. Warmbreitband in Rollen		
		IV. Breitflachstahl		
		V. Stabstahl (einschließlich Walzdraht und Hohlbohrerstäbe für den Bergbau) und Profile:		
		b) nur warm gewalzt oder nur warm stranggepreßt		
		1. Walzdraht		
		2. andere		
		d) plattiert oder mit Oberflächenbear- beitung (z. B. poliert, überzogen):		
		1. nur plattiert:		
		aa) warm gewalzt oder warm stranggepreßt		

Lfd. Nr.	Tarifnr.	Warenbezeichnung (EGKS)	Zollkontingent 1983 (deutscher Anteil an Gemeinschafts- zollkontingenten)	Gemeinschafts- plafond 1983 je Land oder Gebiet (in ECU) ¹⁾
1	2	3	4	5
6	(73.15)	<p>VI. Bandstahl:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) nur warm gewalzt c) plattiert, überzogen oder mit anderer Oberflächenbearbeitung: <ul style="list-style-type: none"> 1. nur plattiert <ul style="list-style-type: none"> aa) warm gewalzt <p>VII. Bleche:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) nur warm gewalzt b) nur kalt gewalzt, mit einer Dicke: <ul style="list-style-type: none"> 2. von weniger als 3 mm c) plattiert, überzogen, poliert oder mit anderer Oberflächenbearbeitung d) anders bearbeitet: <ul style="list-style-type: none"> 1. nur anders als quadratisch oder rechteckig zugeschnitten <p>B. legierter Stahl:</p> <ul style="list-style-type: none"> I. Rohblöcke (Ingots), Vorblöcke (Blooms), Knüppel, Brammen, Platinen: <ul style="list-style-type: none"> b) andere: <ul style="list-style-type: none"> 2. Vorblöcke (Blooms), Knüppel, Brammen, Platinen III. Warmbreitband in Rollen IV. Breitflachstahl V. Stabstahl (einschließlich Walzdraht und Hohlohrerstäbe für den Bergbau) und Profile: <ul style="list-style-type: none"> b) nur warm gewalzt oder nur warm stranggepreßt <ul style="list-style-type: none"> 1. Walzdraht 2. andere d) plattiert oder mit Oberflächenbearbeitung (z. B. poliert, überzogen): <ul style="list-style-type: none"> 1. nur plattiert: <ul style="list-style-type: none"> aa) warm gewalzt oder warm stranggepreßt VI. Bandstahl: <ul style="list-style-type: none"> a) nur warm gewalzt c) plattiert, überzogen oder mit anderer Oberflächenbearbeitung: <ul style="list-style-type: none"> 1. nur plattiert: <ul style="list-style-type: none"> aa) warm gewalzt VII. Bleche: <ul style="list-style-type: none"> a) Elektrobleche: <ul style="list-style-type: none"> 1. mit einem Ummagnetisierungsverlust von 0,75 Watt oder weniger je kg, unabhängig von ihrer Dicke 2. andere b) andere Bleche: <ul style="list-style-type: none"> 1. nur warm gewalzt 2. nur kalt gewalzt, mit einer Dicke: <ul style="list-style-type: none"> bb) von weniger als 3 mm 		

Lfd. Nr.	Tarifnr.	Warenbezeichnung (EGKS)	Zollkontingent 1983 (deutscher Anteil an Gemeinschafts- zollkontingenten)	Gemeinschafts- plafond 1983 je Land oder Gebiet (in ECU) ¹⁾
1	2	3	4	5
6	(73.15)	3. plattiert, überzogen, poliert oder mit anderer Oberflächenbearbeitung 4. anders bearbeitet: aa) nur anders als quadratisch oder rechteckig zugeschnitten		
7	73.09	Breitflachstahl		
8	73.12	Bandstahl, warm oder kalt gewalzt: A. nur warm gewalzt B. nur kalt gewalzt: I. in Rollen, zum Herstellen von Weißband C. plattiert, überzogen oder mit anderer Oberflächenbearbeitung: III. verzinnt: a) Weißband V. anderer (z. B. verkupfert, künstlich oxidiert, lackiert, vernickelt, verniert, plattiert, parkerisiert, bedruckt): a) nur plattiert: 1. warm gewalzt		
9	73.16	Oberbaumaterial für Bahnen, aus Eisen oder Stahl: Schienen, Leitschienen, Weichenzungen, Herzstücke, Kreuzungen, Weichen, Zungenverbindungsstangen, Zahnstangen, Bahnschwellen, Laschen, Schienenstühle und Winkel, Unterlagsplatten, Klemmplatten, Spurplatten und Spurstangen und anderes speziell für das Verlegen, Zusammenfügen oder Befestigen von Schienen hergestelltes Material: A. Schienen: II. andere: a) neu b) gebraucht B. Leitschienen C. Bahnschwellen D. Laschen und Unterlagsplatten: I. gewalzt		

¹⁾ ECU = Europäische Währungseinheit.²⁾ 1 ECU = 2,35230 DM (Iff. Nr. 1, 4 und 6) bzw. 2,87538 DM (Iff. Nr. 2, 3 und 5).³⁾ Für Waren mit Ursprung in China wird eine Zollpräferenz nicht gewährt.

Anhang B

Liste der Entwicklungsländer und -gebiete, denen allgemeine Zollpräferenzen gewährt werden

I. Unabhängige Länder

Ägypten	Irak	Panama
Äquatorialguinea	Iran	Papua-Neuguinea
Äthiopien	Jamaika	Paraguay
Afghanistan	Jemen	Peru
Algerien	Jemen, Demokratischer	Philippinen
Angola	Jordanien	Ruanda
Antigua und Barbuda	Jugoslawien	Salomonen
Argentinien	Kamerun, Vereinigte Republik	Sambia
Bahamas	Kamputschea, Demokratisches	Samoa
Bahrain	Kap Verde	São Tomé und Príncipe
Bangladesch	Katar	Saudi-Arabien
Barbados	Kenia	Senegal
Belize	Kiribati	Seschellen
Benin	Kolumbien	Sierra Leone
Bhutan	Komoren	Simbabwe
Birma	Kongo	Singapur
Bolivien	Korea, Republik	Somalia
Botsuana	Kuba	Sri Lanka
Brasilien	Kuwait	St. Lucia
Burundi	Laotische Demokratische Volksrepublik	St. Vincent und die Grenadinen
Chile	Lesotho	Sudan
China	Libanon	Suriname
Costa Rica	Liberia	Swasiland
Dominica	Libysch-Arabische Dschamahirija	Syrien, Arabische Republik
Dominikanische Republik	Madagaskar	Tansania, Vereinigte Republik
Dschibuti	Malawi	Thailand
Ecuador	Malaysia	Togo
Elfenbeinküste	Malediven	Tonga
El Salvador	Mali	Trinidad und Tobago
Fidschi	Marokko	Tschad
Gabun	Mauretanien	Tunesien
Gambia	Mauritius	Tuvalu
Ghana	Mexiko	Uganda
Grenada	Mosambik	Uruguay
Guatemala	Nauru	Vanuatu
Guinea	Nepal	Venezuela
Guinea-Bissau	Nicaragua	Vereinigte Arabische Emirate
Guyana	Niger	Vietnam
Haiti	Nigeria	Zaire
Honduras	Obervolta	Zentralafrikanische Republik
Indien	Oman	Zypern
Indonesien	Pakistan	

II. Länder und Gebiete,

die von Mitgliedstaaten der Gemeinschaft oder von dritten Ländern abhängen oder verwaltet werden oder deren auswärtige Beziehungen ganz oder teilweise von Mitgliedstaaten der Gemeinschaft oder von dritten Ländern wahrgenommen werden

Amerikanische Jungferninseln	Hongkong
Amerikanisch-Ozeanien	Kaimaninseln
Australische Außengebiete: Heard- und McDonaldinseln, Kokosinseln (Keelinginseln), Norfolkinsel, Weihnachtsinsel	Macau
Australisches Antarktis-Territorium	Mayotte
Bermuda	Neuseeländische Überseegebiete: Cookinseln, Niue, Tokelauinseln
Britisches Antarktis-Territorium	Niederländische Antillen
Britisches Territorium im Indischen Ozean	Pitcairninseln
Brunei	St. Helena und Nebengebiete
Falklandinseln und Nebengebiete	Territorium Neukaledonien
Französische Süd- und Antarktisgebiete	Turks- und Caicosinseln
Französisch-Polynesien	Wallis und Futuna
Gibraltar	Westindische Assoziierte Staaten

Anhang C

Liste der am wenigsten fortgeschrittenen Entwicklungsländer

Äquatorialguinea	Malawi
Äthiopien	Malediven
Afghanistan	Mali
Bangladesch	Nepal
Benin	Niger
Bhutan	Obervolta
Botsuana	Ruanda
Burundi	São Tomé und Príncipe
Dschibuti	Samoa
Gambia	Seschellen
Guinea	Sierra Leone
Guinea-Bissau	Somalia
Haiti	Sudan
Jemen	Tansania, Vereinigte Republik
Jemen, Demokratischer	Togo
Kap Verde	Tonga
Komoren	Tschad
Laotische Demokratische Volksrepublik	Uganda
Lesotho	Zentralafrikanische Republik

**Bekanntmachung
der Änderung des Artikels V der Satzung
der Organisation der Vereinten Nationen
für Erziehung, Wissenschaft und Kultur**

Vom 24. Juni 1983

Der Absatz 1 des Artikels V der in London am 16. November 1945 unterzeichneten Satzung der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (BGBI. 1971 II S. 471; 1978 II S. 987; 1979 II S. 419) ist durch Beschuß der 21. Generalkonferenz vom 4. Oktober 1980 geändert worden.

Die Änderung ist nach Artikel XIII der Satzung mit dem Tage des zugrundeliegenden Beschlusses für alle Mitglieder der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur in Kraft getreten. Die geltende Fassung der geänderten Bestimmung wird nachstehend veröffentlicht.

(Übersetzung)

Article V, paragraph 1:

“1. The Executive Board shall be elected by the General Conference from among the delegates appointed by the Member States and shall consist of fifty-one members each of whom shall represent the Government of the State of which he is a national. The President of the General Conference shall sit ex officio in an advisory capacity on the Executive Board.”

Article V, paragraphe 1:

“1. Le Conseil exécutif est composé de cinquante et un membres élus par la Conférence générale parmi les délégués nommés par les Etats membres; chacun d'eux représente le gouvernement de l'Etat dont il est le ressortissant. Le président de la Conférence générale siège en cette qualité au Conseil exécutif avec voix consultative.”

Artikel V Absatz 1:

„(1) Der Exekutivrat wird von der Generalkonferenz aus den von den Mitgliedsstaaten ernannten Delegierten gewählt; er besteht aus einundfünfzig Mitgliedern, von denen jedes die Regierung des Staates vertritt, dessen Staatsangehörigkeit es besitzt. Der Präsident der Generalkonferenz gehört dem Exekutivrat von Amts wegen in beratender Eigenschaft an.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 30. April 1979 (BGBI. II S. 419) und vom 3. Dezember 1982 (BGBI. II S. 1056).

Bonn, den 24. Juni 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
zu den deutsch-sowjetischen Abkommen
über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit
und über die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit**

Vom 30. Juni 1983

Die Geltungsdauer des Abkommens vom 19. Mai 1973 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit (BGBl. 1973 II S. 1041) und des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 30. Oktober 1974 über die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit (BGBl. 1974 II S. 1438) ist durch Regierungsvereinbarung vom 16. Mai 1983 mit Wirkung vom 18. Mai 1983 um zehn Jahre verlängert worden.

Bonn, den 30. Juni 1983

Der Bundesminister für Wirtschaft
Im Auftrag
Stieg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Verbreitung der durch Satelliten übertragenen programmtragenden Signale**

Vom 1. Juli 1983

Das Übereinkommen vom 21. Mai 1974 über die Verbreitung der durch Satelliten übertragenen programmtragenden Signale (BGBl. 1979 II S. 113) ist nach Artikel 10 Abs. 2 für

Marokko am 30. Juni 1983
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 15. Oktober 1982 (BGBI. II S. 963).

Bonn, den 1. Juli 1983

**Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele**

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zum Schutz der Hersteller von Tonträgern
gegen die unerlaubte Vervielfältigung
ihrer Tonträger**

Vom 1. Juli 1983

Das Übereinkommen vom 29. Oktober 1971 zum Schutz der Hersteller von Tonträgern gegen die unerlaubte Vervielfältigung ihrer Tonträger (BGBl. 1973 II S. 1669) wird nach seinem Artikel 11 Abs. 2 für

Barbados am 29. Juli 1983
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 3. Dezember 1982 (BGBl. II S. 1086).

Bonn, den 1. Juli 1983

**Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele**

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Wiener Übereinkommens
über konsularische Beziehungen**

Vom 5. Juli 1983

Das Wiener Übereinkommen vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen (BGBl. 1969 II S. 1585) ist nach seinem Artikel 77 Abs. 2 für

Mosambik am 18. Mai 1983
São Tomé und Príncipe am 2. Juni 1983
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 6. Dezember 1982 (BGBl. II S. 1060).

Bonn, den 5. Juli 1983

**Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele**

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen
Vom 5. Juli 1983**

Das Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen (BGBl. 1964 II S. 957) ist nach seinem Artikel 51 Abs. 2 für

São Tomé und Principe am 2. Juni 1983
in Kraft getreten.

II.

Unter Bezugnahme auf die Vorbehalte, die Bahrain, Kuwait, die Libysch-Arabische Dschamahirija und Saudi-Arabien in bezug auf die Behandlung des diplomatischen Kuriergepäcks eingelegt hatten, hat Australien am 22. Februar 1983 gegenüber dem Generalsekretär der Vereinten Nationen folgenden Einspruch eingelegt:

"Australia does not regard as valid the reservations made by the Kingdom of Saudi Arabia, the State of Bahrain, the State of Kuwait and the Socialist People's Libyan Arab Jamahiriya, in respect of treatment of the diplomatic bag under article 27 of the Vienna Convention on Diplomatic Relations."

„Australien betrachtet die vom Königreich Saudi-Arabien, dem Staat Bahrain, dem Staat Kuwait und der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija angebrachten Vorbehalte in bezug auf die Behandlung des diplomatischen Kuriergepäcks nach Artikel 27 des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen nicht als rechtswirksam.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 18. November 1970 (BGBl. II S. 1227), vom 7. März 1972 (BGBl. II S. 253), vom 27. Dezember 1977 (BGBl. 1978 II S. 98), vom 17. Juli 1981 (BGBl. II S. 572) und vom 6. Dezember 1982 (BGBl. II S. 1060).

Bonn, den 5. Juli 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Legalisation**

Vom 8. Juli 1983

Das Übereinkommen vom 5. Oktober 1961 zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Legalisation (BGBl. 1965 II S. 875) wird nach seinem Artikel 11 Abs. 2 für

Norwegen
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 16. September 1981 (BGBl. II S. 903).

Bonn, den 8. Juli 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über das auf die Form letztwilliger Verfügungen anzuwendende Recht**

Vom 8. Juli 1983

Das Übereinkommen vom 5. Oktober 1961 über das auf die Form letztwilliger Verfügungen anzuwendende Recht (BGBl. 1965 II S. 1144) wird nach seinem Artikel 15 Abs. 2 für

Griechenland am 2. August 1983
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 6. Juli 1982 (BGBl. II S. 684).

Bonn, den 8. Juli 1983

**Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele**

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
der Berner Übereinkunft
zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst**

Vom 11. Juli 1983

Die in Paris am 24. Juli 1971 beschlossene Fassung der Berner Übereinkunft vom 9. September 1886 zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst (BGBl. 1973 II S. 1069) wird nach ihrem Artikel 28 Abs. 3 für

Zypern am 27. Juli 1983
in Kraft treten.

Zypern hat bei Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde eine Erklärung nach Artikel 30 Abs. 2 Buchstabe b Satz 1 der Pariser Fassung der Übereinkunft abgegeben.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 7. Dezember 1982 (BGBl. II S. 1086).

Bonn, den 11. Juli 1983

**Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele**

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens
über die Beschränkung der Haftung
der Eigentümer von Seeschiffen**

Vom 11. Juli 1983

Japan hat das Internationale Übereinkommen vom 10. Oktober 1957 über die Beschränkung der Haftung der Eigentümer von Seeschiffen (BGBl. 1972 II S. 653, 672) am 19. Mai 1983 gekündigt. Das Übereinkommen wird daher nach seinem Artikel 13 für

Japan am 20. Mai 1984
außer Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 22. September 1976 (BGBl. II S. 1702) und vom 30. Dezember 1981 (BGBl. 1982 II S. 71).

Bonn, den 11. Juli 1983

**Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele**

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – **Verlag:** Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – **Druck:** Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolitarifvorschriften.

Bezugsbedingungen: L

bestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 54,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,65 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzbücher, die vor dem 1. Juli 1983 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 2,35 DM (1,65 DM zuzüglich 0,70 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 3,15 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertrieb bestück · Z 1998 A · Gebühr bezahlt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten
zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten**

Vom 11. Juli 1983

Das Übereinkommen vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten (BGBl. 1969 II S. 369) wird nach seinem Artikel 68 Abs. 2 für

Israel am 22. Juli 1983
in Kraft treten.

Bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde notifizierte Israel:

1. Zu Artikel 25, Absatz 4

Israel beabsichtigt, der Zuständigkeit des Zentrums nur solche Streitigkeiten zu unterwerfen, die sich auf eine genehmigte Investition im Rahmen eines der israelischen Gesetze zur Förderung von Kapitalanlagen beziehen.

2. Zu Artikel 26

Israel verlangt die Erschöpfung der innerstaatlichen Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren als Bedingung im Rahmen dieses Übereinkommens.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 6. August 1981 (BGBl. II S. 627).

Bonn, den 11. Juli 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele